



Ausschuss für Generationen, Familie und Integration

42. Sitzung (öffentlich)

17. Januar 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:25 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK) 5**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5743

Die SPD-Fraktion sowie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/5743 eine Anhörung.

- 2 Einrichtung von „Erziehungscamps“ in Nordrhein-Westfalen 12**

An den Bericht des Ministers für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet, schließt sich eine kontroverse Diskussion an.

3 Ganztage an allen Schulformen der Sekundarstufe I ermöglichen und ein Landesprogramm „Zukunftsinvestition Ganztage NRW“ einrichten 30

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5353

Der **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** empfiehlt, den Antrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/5353** mit den Stimmen der CDU-Fraktion der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abzulehnen**.

4 Sprachstandserhebung und Sprachförderung 33

Ausschussprotokoll 14/541

Stellungnahmen siehe APr 14/541

Vorlage 14/1533

Und:

5 Sprachförderung in der Warteschleife

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5023

Und:

6 Experiment mit 180.000 Kindern beenden - Sprachstandserhebung im Sinne der Kinder umfassend überarbeiten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5570

- Aussprache.

- 7 Landesinitiative Jungenarbeit NRW 42**
Vorlage 14/1575
- 8 Handlungskonzept der Landesregierung für einen besseren und wirksameren Kinderschutz in NRW sowie Umsetzung der LT-Drucksache 14/2580 „Kinder schützen - Grundlagen für regelmäßige ärztliche Untersuchungen aller Kinder schaffen“ 42**
Vorlage 14/1577
- 9 Evaluierung neuer Modelle der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten auf kommunaler Ebene 42**
Vorlage 14/1574
- Die Beratung von TOP 7 bis 9 wird verschoben.
- 10 Verschiedenes 43**
- Siehe Diskussionsteil.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt **Vorsitzende Andrea Milz** die Mitglieder des Ausschusses. Sie hoffe, dass der Ausschuss auch in diesem Jahr weiterhin so gut zusammenarbeite wie in der Vergangenheit. Leider müsse sie heute Frau Hielscher verabschieden. Die Ausschussassistentin verlasse diesen Ausschuss und werde von Frau Pirron abgelöst. Sie bedanke sich für die zuverlässige und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall - Frau Hielscher bekommt ein Abschiedsgeschenk überreicht.)

Ausschussassistentin Birgit Hielscher bedankt sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Frau Pirron werde die Arbeit sicher genauso fortführen. Sie werde von nun an den Rechtsausschuss betreuen.

1 **Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5743

Wolfgang Jörg (SPD) bezeichnet den Auftritt des Ministers und der Redner der Koalitionsfraktionen in der Plenarsitzung am 19. Dezember 2007 - vgl. PIPr 14/79 - als peinlich.

Seine Fraktion beantrage zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung. Dann werde man sich intensiv damit auseinandersetzen, welchen Rahmen die Einrichtungen bekommen sollten.

Andrea Asch (GRÜNE) wünscht allen alles Gute zum neuen Jahr. Leider beginne dieses Jahr mit mehreren Pannen der Landesregierung. Hinter der Gesetzesänderung verberge sich sogar eine doppelte Panne. Mit der ersten Panne meine sie das gebrochene Wahlversprechen. Sie habe sich noch einmal das Schreiben des CDU-Fraktionsvorsitzenden, Dr. Jürgen Rüttgers, aus der letzten Wahlperiode, von September 2004 herausgesucht. Darin habe er den Trägern den Erhalt der Horte und die Rücknahme der Kürzung der Sachkostenpauschale versprochen.

Die Kürzung der Sachkostenpauschale sei sowohl im Jahre 2006 als auch im Jahre 2007 durch die Änderung des GTK vorgenommen worden. In diesem Jahr sei dieses Vorhaben offenbar aufgrund eines Versehens nicht weitergeführt worden, es sei im Ministerium nicht aufgefallen. Sie verweise auf ihre Kleine Anfrage „Warum wird die 2008 steigende Sachkostenpauschale für Kindergärten nicht dauerhaft gesetzlich

festgeschrieben?“ - vgl. Drucksache 14/5533. Sie habe gefragt, warum die gekürzte Sachkostenpauschale zur Grundlage für die Berechnung der Kindpauschalen nach dem KiBiz gemacht werden solle. Das sei ihr nicht richtig erschienen. Dann sei im Hause Laschet aufgefallen, dass man vergessen habe, die Kürzung der Sachkostenpauschale fortzusetzen. Man könne also eine doppelte Panne feststellen.

Die Träger seien davon ausgegangen, dass im Jahr 2008 das Wahlversprechen eingehalten werde. Nach Verabschiedung des Haushaltes sei man offensichtlich davon ausgegangen, dass die Kürzung in Höhe von 40 Millionen € nicht anfalle. Das sei offensichtlich ein Versehen gewesen. Sie beantrage genauso wie die SPD-Fraktion, dass dazu eine Anhörung stattfinde. Es handele sich um eine Gesetzesänderung. Es müsse geklärt werden, ob man den Trägern im Nachhinein, nachdem der Haushalt verabschiedet sei und die Planungen für das Jahr 2008 vorgenommen worden seien, eine solche zusätzliche Kürzung zumuten könne.

Thomas Jarzombek (CDU) erwartet von der Anhörung viel Trubel, Spektakel, aber wenig inhaltliche Auseinandersetzung. Die Anhörung werde als Bühne aufgefasst, um sich zu profilieren, nicht aber um sich sachlich auseinanderzusetzen. Dass man sich jetzt über diesen Punkt auseinandersetze, habe auch damit zu tun, dass die frühere Landesregierung Gesetze geschaffen habe, die so kompliziert gewesen seien, dass sie selbst die Ministerialbürokratie nicht mehr bis zum Ende habe verstehen können. Der Minister sei auch nicht dafür zuständig, die einzelnen Paragraphen zu schreiben. Die Leute im Ministerium, die noch unter Rot-Grün eingestellt worden seien, seien mit diesen unüberschaubaren Systemen nicht mehr zurechtgekommen. Es werde Zeit, diesen Zopf abzuschneiden und etwas Vernünftiges Neues zu machen.

Das geschehe mit dem KiBiz. Damit habe man ein klares, sauberes Gesetz, durch das nicht hintenherum irgendwelche Kürzungen vorgenommen würden. Die Dinge, die vorne stünden, würden auch hinten nicht revidiert. Das, was die CDU im Wahlkampf versprochen habe, werde mit dem KiBiz eingelöst. Die Kürzungen seien herausgenommen. Erstmals werde über 1 Milliarde € für die Kinder in diesem Land investiert. Das sei ein sehr guter Fortschritt. Man befinde sich auf dem richtigen Weg. Die Menschen in diesem Land hätten allen Grund, sich darauf zu freuen, wenn das KiBiz zum 1. August 2008 in Kraft trete.

Christian Lindner (FDP) hält fest, beide von Herrn Rüttgers seinerzeit avisierten Veränderungen seien umgesetzt worden bzw. würden umgesetzt. Die Horte würden weiterfinanziert. Sie wären sonst bereits im abgelaufenen Jahr 2007 nicht mehr gefördert worden. Im vergangenen Jahr habe es dafür 30 Millionen € gegeben. Das tauche im GTK nicht mehr auf, sondern im anderen Haushalt.

Darüber hinaus werde die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen systematisch neu geregelt und der Landesanteil, unterstützt durch Bundesmittel, auf über 1 Milliarde € ausgedehnt. Insofern bleibe es der Opposition natürlich unbenommen, die technischen Veränderungen, die hier notwendig seien, zum Gegenstand von Plenarauseinandersetzungen zu machen. Damit werde aber der Prozess nur verzögert. Es bringe wenig, sich im Landtag auf die Vergangenheitsbewältigung zu kon-

zentrieren, während die Träger und die Beschäftigten in den Einrichtungen mit CDU und FDP zusammen die Zukunft gestalteten, die ab dem 01.08. beginne. Frau Asch könne gerne so weitermachen. Sie werde die Zustimmung im Lande nicht gewinnen.

Der Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet, entgegnet, die Träger seien davon ausgegangen, dass der Konsolidierungsbeitrag abgeschafft werde, dass sie mehr Geld bekämen. Das sei nicht der Fall. In dem Konsenspapier, das mit den sechs Wohlfahrtsverbänden, den zwei Kirchen und den drei kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet worden sei, gebe es Tabellen, in denen die Werte aufgeführt seien - ohne den Trägerkonsolidierungsbeitrag, der vor 2004 einmal bestanden habe. Diese Werte seien seit Februar 2007 von den Trägern gegengezeichnet worden. Der Haushalt sehe die Summe über den Trägerkonsolidierungsbeitrag 2008 vor.

In den Erläuterungen zum Haushalt auf Seite 44 sei nachzulesen, dass der Trägerkonsolidierungsbeitrag im Jahre 2008 fortbestehe. Dazu hätten sich die Träger und andere in der Anhörung des Haushalts- und Finanzausschuss geäußert. Es sei Kritik an dieser Maßnahme geäußert worden. Herr Jarzombek habe das alte GTK beschrieben. Der Trägerkonsolidierungsbeitrag sei eine rot-grüne Erblast. Der Konsolidierungsbeitrag sei im Haushalt 2005 als Kürzung in einem Gesetz festgeschrieben worden. Die Jahreszahl 2007 sei nicht durch die Jahreszahl 2008 ersetzt worden. Das werde jetzt korrigiert. Eine solche Debatte könne hilfreich sein, um die Schwächen des GTK-Systems deutlich zu machen.

In den Zeitungen könne man lesen, wie sich vor Ort die Träger und Kommunen mit dem neuen KiBiz beschäftigten. In Aachen, seiner rot-grün regierten Heimatstadt, blieben die Elternbeiträge stabil. Vorher sei vermutet worden, dass die Beiträge stiegen. Die Stadt beschließe, das erste Kindergartenjahr beitragsfrei zu machen. Das alles sei durch KiBiz jetzt möglich. Die Eltern merkten das auch. Er freue sich, wenn man die Möglichkeit habe, anlässlich einer solchen Anhörung eine Debatte über das alte GTK zu führen. Die Träger wüssten seit Februar 2007, mit eigener Unterschrift belegt, dass die Grundlage für 2008 das neue Gesetz sei und dass die Werte feststünden, um die es da gehe.

Andrea Asch (GRÜNE) ist darüber verwundert, mit welcher Selbstgefälligkeit Herr Jarzombek und Herr Lindner über diese doppelte Panne, das gebrochene Wahlversprechen, hinweggingen. Es gehe um die Kürzung der Sachkostenpauschale, die mit den Gesetzesänderungen wieder eingeführt werde. Die FDP habe im Wahlkampf versprochen, dass die Kürzung der Sachkostenpauschale nach Übernahme der Regierungsverantwortung nicht weitergeführt werden solle. Dieses Versprechen sei gebrochen worden. Es helfe nicht, mit Verwirrspielchen zu versuchen, die Tatsache anders darzustellen.

Im Ministerium sei ein handwerklicher Fehler gemacht worden. Das Vorhaben sei unter die Räder gekommen, weil es sehr schwierig sei, das KiBiz umzusetzen. Man habe es vergessen. Sie wisse immer noch nicht, welche Pannen im Ministerium dazu geführt hätten, dass man das jetzt nachholen müsse.

An Herrn Jarzombek gewandt, fährt die Rednerin fort, jetzt werde so getan, als hätte Rot-Grün die CDU gezwungen, diesen Konsolidierungsbeitrag fortzusetzen. Jetzt trage die CDU die Regierungsverantwortung. SPD und Grüne hätten den Konsolidierungsbeitrag immer als eine zeitlich begrenzte Maßnahme verstanden. CDU und FDP hätten versprochen, es ganz zu lassen. Heute könne der Ausschuss gegen diese Änderung des Gesetzentwurfes stimmen, um den Trägern diese Kürzung zu ersparen.

Britta Altenkamp (SPD) legt dar, nach wie vor stehe sie hinter dem Hortbeschluss und halte ihn für richtig. Faktisch habe man die Horte nicht erhalten. Man werde auch an vielen Stellen sehen, dass sich die Träger schon lange aus der Hortfinanzierung verabschiedet hätten, weil das unsolide Versprechen von CDU und FDP nicht trage. Das sei der eine Punkt.

Zur Chronologie: Das GTK sei nicht einfach von hinten geändert worden, indem man einen Konsolidierungsbeitrag einführe. Vielmehr sei im Haushaltsgesetz für den Doppelhaushalt 2004/2005 ein Konsolidierungsbeitrag, die Kürzung der Sachkostenpauschale, von den Trägern verlangt worden. Mit diesem Beschluss sei verbunden gewesen, dass man das GTK nicht ändere, weil es ein einmaliger Beitrag im Haushalt 2004 bzw. 2005 hätte bleiben sollen. CDU und FDP hätten das GTK mit dem Haushaltsgesetz 2006 geändert. Die Zahl 2007 sei durch die segensreiche Tätigkeit des Ministers hinzugekommen. Das GTK sei geändert worden, um die Kürzung der Sachkostenpauschale fortzuschreiben.

Sie glaube, dass das Versehen damit zu tun habe, dass der Minister geglaubt habe, dass das neue Gesetz zum 01.01.2008 gelten würde. Dabei habe der Minister aus dem Auge verloren, dass man an der einen oder anderen Stelle auf die gültige Gesetzeslage gucken müsse. Bei der Anhörung gehe es nicht darum, weidlich auszunutzen, dass ein administrativer Fehler begangen worden sei. Das sei nicht der Punkt. Bei dieser Anhörung gehe es darum, den regierungstragenden Fraktionen vor Augen zu führen, dass die Art, wie das KiBiz im Augenblick ausgestattet sei, nicht auskömmlich sei.

Der Trägerkonsolidierungsbeitrag, der für den Doppelhaushalt 2004/2005 von der vormaligen Landesregierung eingeführt worden sei, habe eine Gesetzesänderung des GTK zur Grundlage gehabt, erwidert **Minister Armin Laschet**. § 18 b GTK sei als Haushaltsbegleitgesetz an den Doppelhaushalt 2004/2005 angehängt worden. Formal handele es sich um eine Gesetzesänderung des GTK. Bis zu diesem Punkt bestehe Konsens. Es handele sich um eine haushaltsbegleitende gesetzliche Maßnahme.

Im Haushalt 2006 habe man exakt das Gleiche gemacht. Als Haushaltsbegleitmaßnahme seien die Zahlen für 2004 und 2005 hineingekommen. Die Zahl sei 2006 erneuert worden. Das Gleiche hätten CDU und FDP im Haushaltsverfahren 2007 gemacht. Die Jahreszahl 2006 sei durch 2007 ersetzt worden. Jetzt sage er, woran es gelegen habe, dass das im Hause nicht aufgefallen sei. Das GTK sei sehr kompliziert. Menschen machten oft in komplizierten Verfahren einfache Fehler. Es gebe

kein Haushaltsbegleitgesetz im Haushalt 2008. Im Haushalt 2007 seien zehn oder zwölf Fachgesetze geändert worden, weil im Haushalt etwas stehe, was im Fachgesetz geändert werde. Der Finanzminister habe dieses Jahr darauf verzichtet. Alle anderen Gesetze seien woanders geregelt worden, jedenfalls nicht im Haushaltsbegleitgesetz.

Das Einzige, was die Mitarbeiter versäumt hätten - die Summe im Haushalt sei korrekt, es seien keine 40 Millionen € vergessen worden -, sei, die Änderungen im Haushaltsbegleitgesetz 2007 durch 2008 zu ersetzen. Das habe nicht stattgefunden. Das sei ärgerlich oder peinlich. Das sei aber alles. Insofern werde man jetzt in einem eigenen Gesetz die Jahreszahl ändern. Im Haushalt stehe alles drin. Die Träger hätten die Summe unterschrieben. Sie wüssten, dass es mit KiBiz mehr Geld gebe, sonst hätten sie diesen Punkt nicht unterschrieben. Die Träger seien an einem anderen Punkt ausgestiegen. Die Summen, die im Gesetz stünden, seien von allen sechs unterschrieben worden. Niemand habe erwartet, dass plötzlich 40 Millionen € draufgelegt würden.

Marie-Theres Kastner (CDU) hält fest, Frau Asch versuche, aus dem Fehler, den der Minister beschrieben habe, ein großes Wahlkampfdesaster zu machen. Die SPD versuche darzulegen, dass man die Hortgelder vergessen habe. Mit der alten OGTS (Offene Ganztagschule) hätte man nie die Horte ersetzen können. Erst durch die Veränderungen, die man aufseiten der Schulen gemacht habe, werde aus der OGTS mehr Qualität für den Nachmittag und für den Ganztage.

Die SPD und die Grünen wollten eine Anhörung, nicht für die 40 Millionen €, sondern damit klar werde, dass das KiBiz mit zu wenig Geld ausgestattet sei. Das stelle aber den Parlamentarismus auf den Kopf. Wenn das die Begründung für die Anhörung sein solle, dann gehe es nur um eine Zeitverzögerung. Die Unruhe sehe sie auch nicht bei den Kommunen, den Trägern, den Kindergärten. Alle wüssten, was am 01.08. passiere. Niemand erwartete, dass vom 01.01. bis 01.08. ein Geldsegen von 40 Millionen € komme.

Christian Lindner (FDP) betont, jetzt werde auf dieser technischen Anpassung herumgeritten. Eine Grundsatzdiskussion werde aufgepäuselt. Die Opposition erhoffe sich davon einen Vorteil. Er könne ihn nicht erkennen. Die Träger, die Beschäftigten, die Eltern, die Kommunalpolitiker arbeiteten schon in einer ganz anderen Welt. Sie seien nicht mehr an der Vergangenheitsbewältigung interessiert. Wenn man es aus der Portokasse bezahlen könne, würde man nicht darüber nachdenken. Das treffe aber nicht zu. Insofern müsse man den Trägerkonsolidierungsbeitrag noch einmal verlängern.

Für den Schuldenberg, den Rot-Grün hinterlassen habe, habe das Land von Montag bis Mittwoch so viel Zinsen bezahlt, die man jetzt hier von den Trägern wieder abverlangen müsse. Dieser Verantwortung müsse man sich stellen. Rot-Grün fordere fortwährend mehr Geld, anstatt einmal zu bekennen, wer für die schwierige Finanzlage die Verantwortung trage.

Britta Altenkamp (SPD) erwidert, auch wenn die Träger das Geld nicht erwarteten, so werde das, was passiert sei, nicht richtiger. Alle wüssten, warum die Träger zugestimmt hätten. Zu dem Zeitpunkt sei schon lange klar gewesen, dass die Kürzung der Sachkostenpauschale fortgeschrieben werde. In der Umstellungsphase sei es leider durchgegangen. Das sei traurig. Fest stehe: Was auch immer die Ursache sei, der Minister und dieses Haus hätten diese Anhörung mit verursacht. Was bei dieser Anhörung herauskommen werde, hänge damit zusammen. Das sei parlamentarisches Recht. Ein Gesetz werde verändert, ein Rechtsanspruch werde außer Kraft gesetzt. Vor dem Hintergrund halte sie es für vernünftig, die Anhörung zügig anzuberaumen und das parlamentarische Beratungsverfahren durchzuführen.

Bernhard Tenhumberg (CDU) hält fest, es werde eine Anhörung beantragt, weil eine Jahreszahl verändert worden sei. Der Gesetzentwurf sehe die Änderung in Artikel 1 § 18 a GTK vor. Die Zahl 2007 werde durch die Zahl 2008 ersetzt. Das sei das Vorhaben der Landesregierung. Dazu werde jetzt eine Anhörung beantragt. Da frage er, was das wohl kosten werde.

Minister Armin Laschet betont, die Landesregierung respektiere das Recht des Parlamentes, eine Anhörung durchzuführen. Eines sei allerdings klar: Zu der Finanzsumme habe die Anhörung bereits stattgefunden. Es habe eine Anhörung zum Haushalt und über die Absenkung des Trägerkonsolidierungsbeitrags im Haushalts- und Finanzausschuss gegeben. Das könne nicht Thema der Anhörung sein. Thema der Anhörung könne auch nicht KiBiz sein. Man rede über das alte GTK und die Fortschreibung der Summe von 2007 nach 2008. Dazu könne man gerne eine Anhörung machen und vielleicht nachfragen, wie es dazu gekommen sei. Das sei keine Haushaltsfrage, sondern eine Frage der Gesetzestechnik.

Wolfgang Jörg (SPD) hält fest, es gehe nicht um die Jahreszahl 2007/2008, sondern es gehe nach wie vor um 40 Millionen €. Die Opposition gehe davon aus, dass man in dieser Anhörung explizit dokumentieren könne, dass erstens Wahlversprechen nicht eingehalten worden seien und zweitens der gesamte Kindergartenbereich unterfinanziert in das nächste Jahr geschickt werde. Die Einzigen, die sagten, dass das in Ordnung wäre, seien die koalitionstragenden Fraktionen bzw. die Landesregierung. Alle anderen Träger, alle die, die im Kindergartenbereich tätig seien, sagten, das sei nicht in Ordnung. Es sei der Opposition erlaubt, diesen Punkt in einer Anhörung genau herauszuarbeiten. Er halte es für selbstverständlich, dass man den Finger in die Wunde legen dürfe. In der Perspektive werde deutlich werden, wie das nächste Gesetz gestrickt sei. Die Anhörung werde der Diskussion zuträglich sein.

Annegret Krauskopf (SPD) schickt voraus, das Recht, die Anhörung durchzuführen, könne nicht strittig gemacht werden. Wenn CDU und FDP so glücklich über dieses neue Gesetz wären, müssten sie die Anhörung herbeisehnen, damit von außen dokumentiert werde, dass man Recht habe. Sie sei selber Vorsitzende einer Elterninitiative, bei der es um 108 Kinder gehe. Diese Elterninitiative werde hart getroffen. Alles sei geprüft worden. Sie denke, dass die Experten in der Anhörung die Selbstherr-

lichkeit, die bei den Koalitionsfraktionen im Moment herrsche, schnell zerstören würden.

Minister Armin Laschet wiederholt, es gehe um das GTK und den Trägerkonsolidierungsbeitrag, der fortgesetzt werde. Wenn die Elterninitiative betroffen sein sollte, dann sei sie das bereits seit 2004. Mit KiBiz werde es mehr Geld geben. Auch das werde man in einer solchen Anhörung dokumentieren.

Christian Lindner (FDP) erklärt, kein Sprecher der regierungstragenden Fraktionen spreche einer anderen Fraktion das Recht ab, eine Anhörung zu beantragen. Klar sei, dass das das gute Recht der Parlamentarier sei. Er habe sich allerdings erlaubt, nach dem Sinn zu fragen. Die Anhörung könne kein weiterer Beitrag zur Sachdebatte sein, sondern sei ein plumpe Manöver. Eine Opposition dürfe auch plumpe Manöver machen. Er glaube allerdings nicht, dass es der Sache helfe. Er sei gespannt, zu erfahren, wie viele Einrichtungen es gegeben habe, die tatsächlich von erhöhten Sachkostenpauschalen ausgegangen seien. Das würden sicherlich nicht allzu viele sein.

Vorsitzende Andrea Milz hält fest, die Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/5743 sei beantragt. Sie bitte die Obleute, nach der Sitzung den Termin und das Prozedere zu besprechen.

